

Keine Hilfe vom Land für geschädigte Erdgaskumpel

Die Quecksilbergeschädigten altmärkischen Erdgaskumpel müssen weiterhin allein um ihr Recht streiten. Eine umfangreiche Untersuchung der Kontamination zu DDR-Zeiten wird es durch das Land nicht ergeben.

Von Holger Thiel

Salzwedel/Magdeburg. So zumindest lautet die Antwort der Landesregierung, die der Salzwedeler FDP-Landtagsabgeordnete Lutz Franke jetzt erhielt. „Entsprechende Untersuchungen und Analysen, deren Finanzierung nicht aus dem Altlastenfonds erfolgen könnte, sind aktuell nicht beabsichtigt“, heißt es in der Antwort.

Doch nicht nur das. Die Antwort der Landesregierung auf Frage zwei, nach vorhandenen Unterlagen und Messwerten zur Quecksilberbelastung, muss den Betroffenen wie ein Hohn klingen. Es wird zwar festgestellt, dass zu DDR-Zeiten jährlich etwa 12 bis 17 Tonnen Quecksilber vom Erdgasförderbetrieb an die Industrie abgegeben wurden, das Ganze unter strengster Geheimhaltung. Doch dann heißt es weiter: „Zur Überwachung der Beschäftigten wurden ab 1973 Reihen-

untersuchungen durchgeführt und die Ergebnisse aufgezeichnet. Diese Datenbestände sind nach 1989 an die zuständige Berufsgenossenschaft zur Auswertung übergeben worden. Auch wurden durch das Bergbauunternehmen (Erdöl Erdgas Gommern – d. Red.) Gutachten zur Belastungssituation der Beschäftigten eingeholt. Bei keiner der Untersuchungen wurden Fälle von erhöhter Quecksilberbelastung festgestellt.“ Lediglich ein Fall sei dem Unternehmen, heute GDF Suez, bekannt. Danach habe ein Erdgaskumpel beim Brennen von quecksilberbelasteten Rohrleitungen gegen Vorschriften verstoßen.

Studie: Über 250 Geschädigte

Eine im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie (die Volksstimme berichtete) kam da zu ganz anderen Ergebnissen. Gestützt auf Unterlagen, die vom Ministerium für Staatssicherheit zusammengetragen wurden und die Wendezeit überstanden hatten, kam der Autor der Studie, Hermann Bubke, zu der Erkenntnis, dass

mindestens 250 der durchschnittlich 1400 Erdgas-Mitarbeiter Gesundheitsschäden durch Quecksilbervergiftungen erlitten haben. Bis zum heutigen Tag ist dieser Studie nicht widersprochen worden. Ausführlich verweist Bubke auf die existierenden Stasi-Berichte zur Quecksilberproblematik bei der altmärkischen Erdgasförderung. Deutlich wird, dass selbst im DDR-Ministerrat bekannt war, dass sich Beschäftigte des Erdgasförderbetriebes mit dem Schwermetall vergifteten. Und auch die in der Antwort der Landesregierung angeführten Reihenuntersuchungen waren nach Auskunft ehemaliger Erdgasarbeiter alles andere als zufriedenstellend. Wartungsmechaniker seien nur alle zwei Jahren, Mitarbeiter der Feldstationen nur einmal jährlich untersucht worden. Zudem habe sich der damalige Betriebsarzt auf dem Förderfeld rar gemacht.

Lutz Franke kennt die Bubke-Studie. Mit der Antwort der Landesregierung ist er alles andere als zufrieden. „In der nächsten Legislaturperiode werde ich ins Detail gehen. Ich bleibe am Thema auf jeden Fall dran“, erklärte er. Aus Sicht von Franke stehle sich die Lan-

desregierung aus der politischen Verantwortung und zeige kein Interesse, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. So verweist die Landesregierung bei möglichen Grenzwertüberschreitungen von Quecksilber in Magdeburg und Halle lediglich auf das Landesamt für Verbraucherschutz, wo archivierte Unterlagen mit Daten und Messwerten vorliegen. Und Erkenntnisse zu einer geringeren Lebenserwartung von Erdgaskumpel kann die Landesregierung nach eigenem Bekunden ebenfalls nicht bieten.

Sorge vor Problemen bei CO₂-Lager

Angesichts dieser Auseinandersetzung mit einem Teil der DDR-Geschichte und der Hilfe von betroffenen Erdgaskumpel durch das Land betrachtet Lutz Franke eine mögliche CO₂-Speicherung in der Altmark mit großer Sorge. „Sollte bei der CO₂-Speicherung etwas schief gehen, können sich die Betroffenen wohl nicht auf die Landesregierung verlassen“, glaubt der Landtagsabgeordnete angesichts der Antworten auf seine Fragen.